NACHRICHTEN
Österreich
02. Juli 2025

Kritik an Überwachungsplänen: Freiheit und Datenschutz in Gefahr!

Freiheitliche und Grüne kritisieren im Innenausschuss die Überwachungsvorlage der Regierung. Bedenken zu Grundrechten und Missbrauch.

Deutschland - Im heutigen Innenausschuss gab es deutliche Kritik an der von der Regierung vorgelegten Vorlage zur Überwachung von Messengern und potenziellen Gefährdern. Der FPÖ-Sicherheitssprecher Gernot Darmann bezeichnete die Maßnahmen als „unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff“. Er erinnerte daran, dass die geplante Regelung im Begutachtungsverfahren bereits stark kritisiert wurde. Auch der Grünen-Abgeordnete Süleyman Zorba äußerte Bedenken und warnte vor möglichen Missbrauchsmöglichkeiten, die in Ländern mit ähnlichen Überwachungsmaßnahmen aufgetreten sind. Er gratulierte der ÖVP, ihre Koalitionspartner von den Grundsätzen abgebracht zu haben. SPÖ und NEOS hatten sich zuvor gegen den Einsatz von „Spionagesoftware“ ausgesprochen.

Die geplante Gesetzgebung soll vor schwerwiegenden verfassungsgefährdenden Angriffen schützen und unterliegt strengen rechtlichen sowie technischen Kontrollvorgaben. Ein mehrstufiges Rechtsschutzsystem mit dem Bundesverwaltungsgericht (BVwG) und unabhängigen Rechtsschutzbeauftragten ist vorgesehen. Innerhalb der NEOS haben sich zudem zahlreiche Abgeordnete gegen die Regelung ausgesprochen, darunter der Verfassungssprecher Nikolaus Scherak und die Abgeordnete Stephanie Krisper.

Überwachung und Digitalisierung

Die aktuelle Diskussion um Überwachung ist kein isoliertes Thema. Vielmehr spiegelt sie die allgemeinen Entwicklungen in Deutschland wider, wo die Digitalisierung zu einer verstärkten Überwachung durch staatliche Institutionen geführt hat. Insbesondere neue Polizeigesetze ermöglichen den Einsatz von Staatstrojanern zur digitalen Spionage, den Ausbau der Videoüberwachung und das Testen von Gesichtserkennungssoftware. Auch eine präventive Telekommunikationsüberwachung, die ohne konkrete Verdachtslage durchgeführt werden kann, ist Teil dieser Regelungen. Dies birgt jedoch Gefahren für Bürgerrechte, da vage Definitionen wie „drohende Gefahr“ zu Missbrauch und Fehlinterpretationen führen könnten, warnen Experten.

Zivilgesellschaftlicher Protest von Bürgerrechtsorganisationen und Datenschützern nimmt zu. Diese Organisationen wehren sich gegen die Ausweitung staatlicher Überwachung und klagen gegen Maßnahmen wie Staatstrojaner. Das Bundesverfassungsgericht hat in der Vergangenheit Eingriffe des Staates in die Privatsphäre gestoppt, jedoch bleibt die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit eine zentrale gesellschaftliche Debatte.

Rechtslage und Herausforderungen

In Deutschland werden Überwachungsgesetze kontrovers

diskutiert, da sie den Datenschutz und die individuellen Freiheiten betreffen. Wichtige Gesetze sind das Bundesverfassungsschutzgesetz, das Bundesnachrichtendienstgesetz und das Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, die jeweils bestimmte Regelungen zur Überwachung festlegen. Kritiker monieren, dass die Gesetze zu weit gefasst sind und die Grundrechte nicht ausreichend schützen. Dennoch betonen Befürworter die Notwendigkeit von Überwachung zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Technologische Fortschritte, insbesondere im Bereich der digitalen Überwachung, werfen neue Herausforderungen auf. Eine Studie aus 2018 zeigt, dass das Wissen um Überwachung das Verhalten von Menschen verändern kann. Weiterhin erheben die Datenschutzprobleme durch die massive Sammlung von Daten ohne konkreten Verdacht Besorgnis. Die Zukunft der Überwachungsgesetze bleibt ungewiss, und wird stark von politischem Widerstand, gesellschaftlichen Debatten und technologischen Entwicklungen abhängen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• **www.kleinezeitung.at** • **nopolgbw.org** • **bezirks-journal.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at